

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift
Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 90.
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkontos:
Dresden 1590.
Girokonto:
Riesa Nr. 52.

Nr. 99.

Dienstag, 29. April 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Preise und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 29 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife, Vermittlung Rabatt erwirkt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstündige Anzeigenpreise. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Rieseranten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Grotzschlage 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Ein Krieg im Dunkeln.

Von Dr. G. Schulze-Wackel.

Das Abenteuer des Hamburger Dampfers „Halle“ breitet vor den Augen der zivilisierten Welt eine ziemlich unbekannte Bildzone aus, die von den normalen Intereffenfeldern der öffentlichen Meinung ganz abseits liegt. Bei der gerichtlichen Verhandlung gegen Bestler und Führer des Schiffes, das südamerikanische Rebellen mit samt einer riesigen Waffenladung in ihre Heimat brachte und in dem dortigen Aufbruchversuch verwickelt wurde, handelte es sich um sogenannten „Menschenraub“. Die Befragung wurde wieder ihren Willen zur Mitwirkung an Kriegshandlungen in den Gewässern von Venezuela unter Bedingungen angehalten. Aber das Kriminelle im Sinne des deutschen Strafgesetzbuches ist doch nur eine groteske Einzelheit auf der Rolle eines weitverzweigten internationalen und illegalen Vorgangs.

Wenn man die Hintergründe dieses Falls beleuchtet, so entdeckt man das weite Netz des Waffenschmuggels, der Waffenschmuggel, kurz und gut des Handels mit den gefährlichen Bedarfsartikeln der Revolutionen und Putzche. Von dem letzten Waffengeschäft, das die Kriegshauptmannschaft im Auftrag der Regierungen besorgen, soll hier nicht die Rede sein, obwohl auch schon diese industrielle und kaufmännische Branche, die im Rahmen der Gesetze arbeitet, genug blutige Romanze in sich trägt. Aber die Rolle des allgemeinen legitimen Waffenschmuggels und Verkaufes hat nach dem Weltkrieg an Bedeutung verloren. Die in sich geselligen und zivilisatorisch fortgeschrittenen Länder erzeugen ihren Bedarf an Waffen und Munition für Meer und Land selbst größtenteils selber. Während des Krieges haben fast alle Staaten, kriegsführende und neutrale, ihre Werkstätten für militärisches Gerät außerordentlich erweitert. Die neuerschaffenen Staatsgebilde wurden von den Großmächten, die bei diesen Geburten Vate fanden, reichlich mit Rüstzeug versehen.

Aber die Unordnung und Unsicherheit in der Welt ist in den letzten zehn Jahren schimmer geworden, die Feuerproben der Sieger von 1918/19 konnten die vielen rings um den Erdball ausbrechenden kleinen und größeren Brände nicht löschen. Die bolschewistischen Künsten und die nationalitistischen Leidenschaften schufen die Entzündung, die sich in Aufständen und Bürgerkriegen politisch bemerkbar machten. Die Weltordnungspolitik der Großmächte war diesem chaotischen Treiben zum großen Teil nicht gewachsen. Trotz aller strengen Bestimmungen des Völkerbundes, trotz der Kontrolle durch Kriegsschiffe und Grenzwächter war es für Verschwörer ziemlich leicht geworden, zu heimlichen Waffenbeständen zu gelangen.

Aus den Arsenalen der Staaten oder aus benachrichtigten Fabriken stammte dieses Schätzgut nicht, oder wenigstens nicht unmittelbar. Dieses kriegerische Handwerkszeug war gewöhnlich schon durch viele Hände gegangen und auch dazu bestimmt, noch weitere Wanderungen auf Schiffsreisen fortzuführen. Zum Kriegsführen gehört Geld und zum Putzen ebenfalls. Aber mitunter genügen auch Verprechungen und Zusicherungen auf ungeheuren Gewinn, um den Revolutionären Kredit zu verschaffen. Die internationale Güter der Waffenschmuggler ist kapitalträchtig und hat teilweise sogar größere Vorteile hinter sich, die sich auf derzeitige Spekulationen einlassen. Siegen nämlich die belästigten Rebellen, so kommt es ihnen auf die Höhe der Rechnungen nicht an.

Wo stammt nun eigentlich dieses geheimnisvolle Kriegsmaterial her? Vor 1914 war der Balkan Hauptkapitalplatz für solche Waffenschmuggler. Aus den zahlreichen Kleinreichen der Balkanstaaten war genug Kriegsmaterial übrig geblieben, das die Freischärler mit Unterstützung von patriotischen Vereinigungen sich beschafft hatten. Es kam schließlich in die Hände von privaten Agenten, die es weiter verschoben. In Albanien und Mazedonien trieben sich genug Gewehre und Patronen herum, um aufständische Stämme zu bewaffnen. Indessen ging es erst gegen Ende des Weltkrieges mit diesem Handel richtig los. Das Paradies der Waffenschmuggler wurde der osteuropäische Raum, insbesondere das Gebiet des neuen Polens. Bei den großen Feldzügen gegen das alte Rußland war ein geradezu unübersehbares Heeresmaterial auf den Schlachtfeldern und in den Trappen zurückgelassen. Die überflüssige Räumung des Ostens durch die deutschen Truppen hatte zur Folge, daß dort an Waffen und Munition viel mehr zurückblieb, als die Nachfolgestaaten brauchen konnten. Es handelte sich aber zudem um Schießinstrumente, die schon stark abgenutzt waren und für eine moderne Heeresmacht nicht mehr recht in Frage kamen.

Die zur Aussicht bestellten neuen und noch unzuverlässigen Gewehren bestanden häufig mit den Waffenschmugglern im Grunde. Der Ausfuhrhafen für diese zum Teil falschen deklarierten Waffenschmuggler war zunächst Danzig. Später wurde es das polnische Gdingen. Auch die Ausfuhr des „Halle“ begann ja in Gdingen. Die Schiffe waren leider zum großen Teil deutschen Ursprunges, wie sich überhaupt das illegale Organisationsnetz dieser Geschäfte zeitweilig in Deutschland besonders dicht zusammenzog. Auch die deutschen Ueberwachungsämter kamen zum Teil nicht rechtzeitig auf die richtige Spur, um solche Transporte zu verhindern. Dabei kann gerade für uns eine solche Beteiligung deutscher Agenten oder deutscher Schiffe recht verhängnisvolle Wirkungen haben, denn wir sind durch den Versailler Vertrag den Entente-mächten gegenüber zu besonderer Sorgfalt in allen Waffenschmuggelangelegenheiten verpflichtet. Bei einer solchen Vernachlässigung der von uns unterzeichneten Vereinbarungen über den Waffenschmuggel können uns die

Sturmzeichen in Indien.

* London. Ministerpräsident MacDonald ist Montag mittags aus Schottland wieder in London eingetroffen. Dieser Unterbrechung seines Urlaubs kommt außerordentliche Bedeutung zu, da der Ministerpräsident seinen Osterurlaub für die Unterzeichnung des Notenvortrages bereits einmal unterbrechen mußte und nach der anstrengenden Arbeit der letzten drei Monate außerordentlich erschöpfungsbedürftig ist. Die Rückkehr MacDonalds nach London hängt, wie der Vertreter der Telegraphenunion zuverlässig berichtet, mit der ersten Entscheidung in Indien zusammen. Die Berichte der führenden englischen Blätter aus Indien haben bereits seit etwa 14 Tagen auf eine sehr ernste Wendung vorbereitet. Viel und wahrscheinlich nicht das unwichtige, bleibt aber ungelöst. Die Rückkehr MacDonalds nach London hat nun den letzten Zweifel daran beseitigt, daß die Lage tatsächlich ernst ist.

Eine objektive Würdigung der tatsächlichen Verhältnisse ist nur mit Vorbehalt möglich. Die einzelnen Zu-

kommenstände in den aröheren Zentren sind natürlich an sich keineswegs sehr bedeutend. Mahatma allein ist die grundsätzliche Einstellung eines weiten Kreises des indischen Volkes, alschließlich, ob Anhänger Gandhi oder nicht. Es hat sich nun gezeigt, daß Gandhi Einfluß auf die Massen doch sehr bedeutend ist. Gandhi hat es verstanden, bis in die entferntesten Gebiete des Landes hinein Aufregung zu tragen. Aber wenn nicht alles täuscht, droht die Hauptgefahr nicht von ihm, sondern von den Extremisten, die die Gandhi'sche Bewegung nur deshalb unterstützen, weil sie unter ihrem Schutz ihre viel weiter gehenden und mit sehr wenig Skrupeln belaketen Pläne durchführen zu können hoffen. Bei der Größe und Vielgestaltigkeit Indiens mit seinen durchaus verschiedenartigen Bevölkerungsgruppen und rassenmäßigen reliqiosen und wirtschaftlichen Gegebenheiten vermag niemand abzulesen, was folgt, wenn erst einmal der Stein ins Rollen gekommen ist.

Partner von Versailles fremde Untersuchungskommissionen ins Land schickte. Daraus erklärt sich auch die Schärfe, mit der die Staatsanwaltschaft bei der Affäre „Halle“ vorgegangen ist.

Wo sind nun diese Schmuggelwaffen hingekommen? Man fand ehemalige deutsche Gewehre und Maschinengewehre bei den Kiffabalen, die gegen Frankreich und Spanien kämpften. Man fand sie bei den irischen Revolutionären, bei den Aufständigen in Afghanistan, bei den chinesischen Bürgerkriegsgenerälen. Jetzt sollten sie in Venezuela zum Sturz des Regimes verwendet werden. Von Zeit zu Zeit entrichtet sich die deutsch-amerikanische Presse in den verschiedensten Erdteilen, daß man bei diesen und neuen Verschwörern deutsche Handaraten oder deutsche Infanteriemunition gefunden hätte. Das ist größtenteils noch Weltfriedensmare, die sich in den meisten Fällen schon längst außerhalb deutschen Hoheitsgebietes befindet. Sollte man Deutschland die anaristokratischen Jahre von 1918 bis 1923 erspart, so wäre es uns auch möglich gewesen, diesen Mißbrauch ehemals deutschen Materials zu verhindern. Das aber die deutschen Behörden diesen Krieg im Dunkeln, der uns so viele falsche Beschuldigungen einbringt, mit allen Mitteln zu unterdrücken suchen, ist ein Gebot der Pflicht und der Vernunft.

Deutschlands Antwort an Polen.

* Berlin. Wie die Telegraphenunion berichtet, hat das Auswärtige Amt nunmehr auf die polnische Protestnote wegen der Erhöhung der deutschen Agrarzölle eine Antwort erteilt. Die deutsche Note bearbeitet die deutschen Forderungen vor allem mit drei Gesichtspunkten:

1. Bei der Erhöhung der deutschen Agrarzölle handelt es sich um wirtschaftliche Notmaßnahmen, die als solche in keinerlei Widerspruch zu der Convention commerciale stehen, die am 24. März in Genf aus von Deutschland unterzeichnet wurde.
2. Der deutsch-polnische Wirtschaftsverkehr wird durch die Erhöhung der Agrarzölle nur in wenigen Punkten berührt werden, sobald das praktische Interesse Polens an den deutschen Zollmaßnahmen als verhältnismäßig gering zu betrachten ist.
3. Die juristische Unanfechtbarkeit der deutschen Zoll-Erhöhrungen trotz dem eben abgeschlossenen deutsch-polnischen Handelsvertrag wird auch von der polnischen Regierung nicht bestritten.

Ueber die Stellungnahme anderer an der landwirtschaftlichen Einfuhr nach Deutschland interessierten Staaten berichtet das genannte Blatt, daß Österreich und die Schweiz durch ihre Verwandten in freundschaftlicher Weise angefragt haben, ob nicht für den kleinen Grenzverkehr die Verzollung von Milch aufgehoben werden könne. Voraussichtlich wird man dem von diesen beiden Staaten geäußerten Wunsch entgegenkommen können, weil sich sonst auch für einige deutsche Grenzgemeinden Dörten ergeben würden. Im Zollgesetz selbst ist ein Härteparagraf vorgesehen, der Ausnahmen von dem allgemeinen Milchzoll gestattet.

Die Vorbereitung der Reparationsanleihe.

Bankierkonferenz in Brüssel.

* Paris. Die Bank für internationalen Zahlungsausgleich gibt bekannt: Die Bank für internationalen Zahlungsausgleich hat eine Bankierkonferenz auf den 1. Mai nach Brüssel einberufen, um die Bedingungen der fünftägigen deutschen Annuitäten-Anleihe im Betrage von 300 Millionen Dollar zu erörtern. Die Konferenz wird sich auch mit der Frage der auf den einzelnen Märkten auszugebenden Anleihebeträgen befassen. Wenn eine befriedigende Regelung mit den Bankiers, die mit der Emission betraut werden, erzielt werden kann, wird die internationale Zahlungsbank alsdann die Bedingungen der Emission mit den Gouverneuren der Zentralbanken der Länder erörtern, in denen die Ausfuhr erfolgen soll, sowie mit den Schatzämtern der verschiedenen interessierten Gläubigerstaaten. Andere Zusammenkünfte würden mit den mit der Unterbringung beauftragten Bankiers stattfinden und dann die

entsprechenden Bestimmungen getroffen werden. Die internationale Anleihe wird in neun Ländern angesetzt werden. Ansehts der Tatsache, daß die internationale Zahlungsbank nicht in vollem Umfange in Funktion treten kann, bevor der Vornahme von England und Italien ratifiziert worden ist, ist es noch zu früh, den wahrscheinlichen Zeitpunkt der Emission der Obligationen der deutschen Annuität festzusetzen.

Russische Forderungen an Polen.

* Rom. Die aus Moskau gemeldet wird, hat die russische Regierung im Zusammenhang mit der Auffindung der Höllenschlange in der russischen Besatzung in Warschau folgende Forderungen an Polen gerichtet:

- 1) Auflösung sämtlicher russischer revolutionärer und sozialistischer Organisationen, die das Sowjetregime bekämpfen.
- 2) Ausweisung verschiedener Führer der russischen Emigranten aus Polen.
- 3) Strenge Bekrafung der Bombenanschläge.
- 4) Einstellung der Hege der polnischen Presse gegenüber Sowjetrußland.

Kommunistischer Aufruf zum 1. Mai.

* Rom. (Telunion.) Wie aus Moskau amtlich gemeldet wird, hat die kommunistische Gewerkschaftsinternationale am Montag einen Aufruf an das Weltproletariat veröffentlicht, in dem alle Arbeiter aufgefordert werden, am 1. Mai die Arbeit niederzulegen und trotz der behördlichen Verbote zu demonstrieren. Die Arbeiterklasse müsse dem Bürgertum seine Macht zeigen und beweisen, daß sie dem Kampf gegen die kapitalistische Herrschaft gewachsen sei. Die Parole der Gewerkschaftsinternationale sei der Kampf gegen das Bürgertum zum Schutz der Gewerkschaften und der Kampf für die Idee der Weltrevolution.

Die Demokratische Partei an Lanzen.

* Berlin. Der Demokratische Zeitungsdienst veröffentlicht eine längere Erklärung zu der Begründung, mit der der frühere oldenburgische Ministerpräsident Lanzen aus der Demokratischen Partei ausgeschieden ist. Die Erklärung macht Lanzen zum Vorwurf, daß seine Angriffe sozialistischer Begründung entbehren. Seine Angriffe auf die Agrarpolitik des Ministers Dietrich hätten in den tatsächlichen Vorgängen und noch weniger in der gegenwärtigen Lage der Landwirtschaft irgendeine Begründung.

Die Stellung des apostolischen Nuntius als Voten des Diplomatischen Korps.

* Berlin. Am Freitag, den 2. Mai vormittags wird der Reichspräsident den apostolischen Nuntius Noudar, Orsenigo und den griechischen Gesandten Politis, sowie den afghanischen Gesandten Abdul Hadi Khan empfangen. Bei dem kürzlich erfolgten Wechsel in der Apostolischen Nuntiat in Berlin ist die Frage der Stellung des Nuntius innerhalb des Diplomatischen Korps wieder aufgetaucht; insbesondere hatte man sich mit dem Anspruch der Curie auf Anerkennung des apostolischen Nuntius als Voten des Diplomatischen Korps auseinandersetzen zu lassen. Ein Rechtsanspruch auf eine derartige Stellung konnte, wie wir von unrichtigter Seite erfahren, nicht eingeräumt werden, doch hat die deutsche Regierung in Anbetracht der Tatsache, daß der Nuntius der Vertreter einer Macht von großer Weltgeltung, mit der Deutschland niemals Krieg geführt hat oder führen wird, die Deutschland gegenüber immer nur in wohlwollender Neutralität gestanden hat, nach Fühlungnahme mit dem Diplomatischen Korps sich entschlossen, dem bei ihr beglaubigten apostolischen Nuntius künftig aus Gründen der Courtoisie das Votum, d. h. die Eigenheit des Votens, zuzugestehen. Der russische Vorkämpfer in Berlin, als rangältester Angehöriger des Diplomatischen Korps, hat diese Entschließung in Form einer Zirkularnote den übrigen Missionen übermittelt.